

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschahn, Beucha, Borsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staadtitz, Threna ufm.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ersteinst wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einchl. der Postgebühren Mk. 9.30. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6zeilige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Aussträgern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 3

Freitag, den 7. Januar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Einsendung nicht beliefeter Saatkarten.

Diejenigen Landwirte, die sich Saatkarten ausstellen lassen, werden mit dem Tage der Ausstellung mit der Menge, über die eine Saatkarte ausgestellt wird, belastet und müssen aus ihrer Ernte eine entsprechend größere Menge abliefern. Eine Wiedergutschrift der Mengen, über die eine ausgestellte Saatkarte lautet, erfolgt nur dann, wenn die Saatkarte nicht beliefert und weiter die nichtbelieferte Saatkarte an die Ausstellungsbehörde zurückgegeben wird. Die Rückgabe hat für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma an die Betriebsgeschäftsstelle Grimma, Schützenhaus, zu erfolgen. Alle Landwirte, die ihre Saatkarten nicht beliefert erhalten, werden hierdurch aufgefordert, die Saatkarten sofort zurückzugeben.

Grimma, den 5. Januar 1921. Getr. 2201.
Der Westfälische Kommunalverband für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma.

Gemeindegroßsteuer.

Die Gemeindegroßsteuer auf das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) wird nach 80 Pfg. je Grundsteuer-Einheit und zwar ohne Unterschied für hiesige und auswärtige Besitzer in der Flur Naunhof liegender Grundstücke erhoben. Jedem Grundstücksbesitzer wird ein Steuerzettel noch zugestellt.

Fällig ist die Steuer am

1. Februar 1921,

zu zahlen ist sie innerhalb 4 Wochen nach dem Tage der Fälligkeit. Naunhof, am 4. Januar 1921.

Der Stadtgemeinderat.

Volks- und Fortbildungsschule zu Naunhof.

Der Unterricht beginnt

Montag, den 10. Januar.

Die Schulleitung.

Durch die abermaligen Zulagen zu den Renten in der Invalidenversicherung macht sich jezt wieder eine sofortige Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge notwendig.

Zufolge einer Verfügung der Landesversicherungsanstalt Sachsen vom 31. Dez. 1920 sind die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen durch eine Erhöhung der jetzigen Beiträge um 100%. Diese Erhöhung hat sich auf alle die Beiträge zu erstrecken, die bis zum 20. Dezember 1920 noch nicht erhoben waren. Soweit nach diesem Zeitpunkt bereits Beiträge zum einfachen Werte erhoben wurden, hat Nacherhebung der Erhöhung zu erfolgen.

Die Herren Arbeitgeber werden hiermit von dieser neuen Bestimmung in Kenntnis gesetzt.

Grimma und Naunhof, am 3. Januar 1921.

Hlg. Ortskrankenkasse Grimma-Land.
Landkrankenkasse Naunhof.

Freitag, den 7. Januar 1921, vorm. 11 Uhr sollen im „Gasthof zu Staadtitz“ als Versteigerungsort 90 ficht. Bretter, 350 Wauerkeine, 1 Obshorde, 1 Futterkasten, Geschirrtische und Puzzeug gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 4. Januar 1921.

Qu. 864/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 7. Januar 1921, vorm. 1/12 Uhr sollen im Gasthof zur „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungsort

mehrere herrschaftl. Möbelstücke

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 4. Januar 1921.

Q 602, 862/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer ausführlichen Note wendet sich die Reichsregierung gegen die Ententeorderung auf Auflösung der Sicherheitspolizei.

* Eine halbamtliche englische Auslassung stellt ausdrücklich fest, daß Deutschland seiner Verpflichtung in allen wesentlichen Punkten nachgekommen sei.

* Dem Antrage der Rechtsunabhängigen auf frühere Einberufung des Reichstages hat der Reichstagspräsident nicht stattgegeben.

* Da an der rumänischen Grenze sechs neue Rote Divisionen festgestellt wurden, hat der König von Rumänien zwei Jahrgänge unter die Fahnen berufen.

Von außen und von innen.

Von einem preussischen mittelparteilichen Politiker wird uns geschrieben:

Alles lehnt sich nach Ruhe, nicht nur in Deutschland. Und doch geschieht wiederum alles, um nichts und niemand zur Ruhe kommen zu lassen. Die Entente machte, als die Einladungen zur Sachverständigenkonferenz nach Brüssel ergingen, kein Gehehl daraus, daß ihr sehr viel daran liege, auch endlich mit Deutschland über die Höhe der Schadenerstattung ins Reine zu kommen, und sie schien volles Verständnis dafür zu besitzen, daß man uns endlich einermöglichen ungehindert arbeiten lassen müsse, wenn man Geld und Warenlieferungen, zumal in den von den Franzosen erträumten Mengen, von uns sehen wolle. Aber gerade die Franzosen sind es, die sich in Aufregungen gegen uns gar nicht genug tun können. Wie ein ästhetisches Weib sind sie hinter uns her, um in roten über roten wegen jedes nicht abgelieferten Gendres, wegen jedes noch nicht geschlossenen Polizeibureaus zu lärmen und uns Verletzungen des Friedensvertrages vorzuwerfen. Kein Wort über die ungeheuren Leistungen auf allen Gebieten, die die deutsche Verwaltung in Erfüllung der in Ver alleis und in Boulogne und in Spa übernommenen Verpflichtungen zustande gebracht hat. Aber wo ein Hakenknopf vermisst wird, da legt es ein hysterisches Geschrei, als stände nicht Warshall hoch in Mainz und Köln, sondern Hindenburg immer noch in Straßburg und Metz. Man droht mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, mit der fruchtlosen Verlängerung der Besetzung des Rheingebietes, man denunziert uns vor der ganzen Welt als Verle, die noch immer nicht gelernt hätten, Verträge zu halten. Und das in dem gleichen Augenblick, wo von der Gegenseite Vertragsbruch auf Vertragsbruch gedrückt wird, wo den Oberstleuten z. B. die ihnen zustehende Einheitslichkeit des Wahlaktes bei der Abstimmung entzogen, wo ihnen eine Abstimmungsordnung aufzuerzwingen wird, die einfach in allen irgendetwas maßgebenden Bestimmungen nach polnischem Diktat angefertigt ist. Vielleicht ist es das schlechte Gewissen über ihre eigenen Taten, die die Franzosen fortgesetzt über deutsche Vertragsverletzungen schreiben läßt; aber selbst, wenn die andern Mächten ihnen darin nur ägernd und nur allenfalls bis zur halben Wegstrecke folgen, es wird doch immer wieder allemal der Eindruck erweckt, als wären die Deutschen diejenigen, die am Schritt und Tritt es an sich fehlen ließen, daß die Welt nicht zur Ruhe kommt, und als läßen die Franzosen ganz recht daran, ihnen ordentlich auf die Fäße zu treten. Und darauf allein scheint es den Herren in Paris im Grunde nur anzukommen; um die unaussprechlichen Folgen eines solchen Treibens machen sie sich offenbar nicht die geringsten Kopfschmerzen.

Ermuntert werden sie in dieser ihrer Haltung durch die nicht genug zu behandelnde Beobachtung, daß man auch in Deutschland über sich nicht aufhört mit Dingen zu beschäftigen, die unsere Widerstandskraft gegen ebenso unbedingte wie unwürdige Zumutungen von außen her lähmen und schwächen muß. Von der nationalen Geschlossenheit der Parteien, die uns so bitter nötig wäre, kann ja leider unter den gegebenen Verhältnissen keine Rede sein. Aber muß es denn z. B. wirklich sein, daß gerade jetzt ein von der Reichsregierung besonders eingehender Ausschuss die Frage zur Entscheidung bringen will, ob Preußen aufgeteilt werden soll? Kann, wenn diese Frage überhaupt gestellt werden muß im neuen Deutschland, damit nicht wenigstens gewahrt werden, bis unsere Drangsalierungen durch die Siegerstaaten etwas nachgelassen haben? Hat man kein Gefühl dafür, wie die hier ganz offiziell anerkannte Diskussion zuweilen zahllosen Preußen ins Herz schneidet und ihnen die Gewöhnung an die neuen Zustände in der Heimat geradezu unmöglich macht? Und was soll man erst dazu sagen, daß in dem Ausschuss von zwölf Personen, der sich jetzt an diese Berührungsbearbeitet heranmacht, ganze drei Preußen im eigentlichen Sinne des Wortes zu finden sind, neben Bayern, Braunschweigern, Welfen und so weiter? Will die Hand, die so arbeitet, während wir sitzen, will sie aufbauen helfen, unsere Leistungsfähigkeit steigern, unser nationales Leid verringern? Ist nicht genug im deutschen Lande gerührt worden, durch äußere und innere Kräfte, daß auch Preußen noch aufgeteilt werden soll, das bisher unser größtes Kraftzentrum darstellte? Ist denn das Verhängnis unserer Selbsterlöschung gar nicht aufzuhalten, auch jetzt nicht, wo die Entente uns das letzte Hemd vom Leibe reißen, wo sie Oberstleuten den Polen in die Hände spielen will? Wo sollten die fleißigen, die ordnungliebenden Teile des Volkes noch den Mut zur Arbeit nehmen, wenn sie leben, daß sogar von oben herab mit so schlechtem Beispiel vorangegangen wird?

Fragen, nichts als Fragen! Wenn doch endlich der Retter diesem Lande käme, der es vor völliger Selbstauflösung zu bewahren vermag!

Deutschlands Vertragstreue.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit. Das Bureau Reuters veröffentlicht eine halbamtliche englische Auslassung über die Entloftung Deutschlands. Es heißt darin, England sei der Ansicht, daß die deutschen Behörden sich seit der Konferenz von Spa ernsthaft um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen bemühen. Zwar sei eine gewisse Zahl von Waffen noch verborgen. Man müsse aber erwarten, daß die deutschen Behörden Schwierigkeiten gegen-

überständen, für die man sie nicht verantwortlich machen könne.

Die Verabfolgung der regulären deutschen Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte vollzogen sein müssen, habe sich auch im großen und ganzen vollzogen. Das seien aber Einzelheiten, welche die große Linie der vollzogenen Tatsachen nicht berühre. Jetzt sei eine Feststellung in dieser Hinsicht noch unmöglich, da keinerlei Nachrichten hierüber vorlägen. Deshalb könne man auch nicht eine endgültige Meinung über die Frage der Sicherheits- und Disziplinierung aussprechen. Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Ortschaft und anderer Freiwilligenformationen, so fährt die Note fort, sind der einzige Gegenstand, über den eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungsverschiedenheit besteht sich auf die Zeitpunkte, innerhalb deren die Verabschiedung dieser Formationen durchgeführt werden soll. Die bedeutendsten Stützpunkte der Freiwilligenverbände sind Ostpreußen und Bayern, wo die Kurde vor dem Bolschewismus deren Anwesenheit durchaus als berechtigt erscheinen läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabschiedung dieser Formationen nicht willkommen wäre. Nichtsdestoweniger glaubt man aber in England, daß die Stärke dieser Verbände größer sei, als es wirklich notwendig wäre.

Die Note Reuters schließt mit der Bemerkung, die für die Verabschiedung der Einwohnerwehren anzusetzenden Termine müßten den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen bilden; das sei ein Grund, um die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten zu rechtfertigen. Die Besetzung des Ruhrgebietes soll nur im äußersten Notfall erfolgen, d. h. im Falle militärischer Operationen Deutschlands gegen Polen in Ostpreußen.

General Rollet und die Sipo.

Die Antwort der Reichsregierung.

Auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 23. Dezember über die Auflösung der Sicherheitspolizei hat das Auswärtige Amt eine neue ausführliche Erwiderung überreichen lassen. Die neue deutsche Note stellt zunächst fest, daß die Kommission im Besitz der amtlichen Mitteilungen über die Auflösung der Sicherheitspolizei in allen deutschen Ländern sich befindet und daß in denjenigen deutschen Ländern, über die ihr bisher keine Mitteilung zugegangen war (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-De-mold, Waldeck und Pyrmont) keine Sicherheitspolizei bestanden habe. Über die Entlassung der jetzigen Ordnungspolizei macht die deutsche Note folgende Angaben:

In der Note vom 12. August 1920, Nr. 978, hatte die Kommission die Bedingungen, an die das Protokoll von Spa die Vernehmung der Ordnungspolizei auf 150 000 Mann knüpfte, näher erläutert. Um zu verfahren, daß die geplanten Maßnahmen später von der Kontrollkommission beanstandet werden könnten, haben mit dieser auf Anregung des Auswärtigen Amtes im September eingehende mündliche Erörterungen stattgefunden. In diesen anfanglich von Vertretern aller beteiligten Länder befochten Besprechungen kam man überein, daß vorerst die für Preußen in Aussicht genommene Regelung erörtert und das Ergebnis der Verhandlungen sodann den anderen Ländern, unter Berücksichtigung der etwa dort bestehenden besonderen Verhältnisse als Anhalt für ihre Maßnahmen empfohlen werden sollte. Aber die für Preußen zu erlassende Verfügung wurde zwischen den deutschen Vertretern und den Bevollmächtigten der Kontrollkommission vollständige Einigung erzielt. Ihr Wortlaut ist in allen Einzelheiten gemeinsam festgestellt, auf Wunsch der Kommission sind noch in letzter Stunde verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Um auf jeden Fall Schwierigkeiten zu vermeiden, ist vorzuzüglich auch noch der für Bayern aufgestellte Entwurf zur Kenntnis eines Vertreters der Kommission gebracht und von diesem auch gebilligt worden.

Die jetzige uniformierte und bewaffnete Polizei sei hiernach nichts anderes, als die in der aufgelassenen Weise verstärkte Polizei des Jahres 1913, bei deren Organisation insoweit Änderungen eingetreten seien, als sie die von den Alliierten Regierungen zugelassene Vernehmung und Bewaffnung mit sich gebracht hätten. Die Sicherheitspolizei trage die grüne Uniform noch, weil anderes Tuch aus finanziellen Gründen noch nicht angeliefert sei.

Dann wendet sich die Note gegen die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei wesentlich verstärkt sei. Die Beamten der Kriminal- und Verwaltungs-polizei gehörten nicht zur Sicherheitspolizei und seien daher in die Zahl der zugebilligten 150 000 Mann nicht einzurechnen. Wegen dieser Auffassung der deutschen Regierung sei bei den Verhandlungen auch kein Einspruch erhoben worden. Deshalb gelte für sie Artikel 162 des Friedensvertrages, nach dem eine Vermehrung im Verhältnis der seit 1913 eingetretenen Bevölkerungszunahme zulässig sei. Aber diese Grenze hinaus sei die nicht uniformierte Polizei nicht vermehrt worden.

Die deutsche Regierung hat sich, so schließt die Note, bei der Neuordnung des Polizeiwesens auf das Ingehalt an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 12. August 1920 gehalten. Sie muß den Vorwurf der Vertragsverletzung in der bestimmten Form als unberechtigt zurückweisen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Das neue Wucherergesetz, das der Reichstag am 17. Dezember annehmen wird, ist in den nächsten Tagen